

Die USA vor den Kongresswahlen: Die Heimatfront bröckelt

Ulrich Speck*

Oktober 2006

- Die Demokraten haben gute Chancen, bei den Kongresswahlen Anfang November gegen die Republikaner zu gewinnen. Insbesondere im Repräsentantenhaus, aber auch im Senat ist die republikanische Mehrheit bedroht. In den Umfragen führen die Demokraten auf fast allen Politikfeldern. Die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten und dem republikanisch beherrschten Kongress ist erheblich.
- Der einzige Vorsprung, den die Republikaner gegenüber den Demokraten noch haben, liegt im Bereich der Nationalen Sicherheit. Die republikanische Wahlkampfstrategie ist daher darauf ausgerichtet, Stärke und Standfestigkeit in diesem Politikfeld zu demonstrieren und die Demokraten als Risiko für die Sicherheit Amerikas darzustellen.
- Für die Demokraten bietet es sich an, das Thema Irak in den Vordergrund zu stellen. Der Irak-Krieg hat das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Führungsfähigkeit von George W. Bush und der Republikaner erheblich beschädigt. Die Demokraten beschränken sich allerdings darauf, die Art und Weise der Kriegsführung zu attackieren. Das liegt insbesondere daran, dass die Partei in Bezug auf die Irak-Politik selbst gespalten ist und zu keiner klaren Linie kommt.
- Die Kongresswahlen von 2006 werden als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu den Präsidentschaftswahlen von 2008 gesehen. Nach dem 7. November wird bei den Republikanern der Kampf um die Nachfolge von George W. Bush beginnen. Erste Absetzbewegungen sind bereits deutlich erkennbar. Bei den Demokraten ist eine Auseinandersetzung zwischen linken und gemäßigten Strömungen zu beobachten. Beide Parteien werden sich in Vorbereitung auf 2008 neu positionieren, auch und gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Kongresswahlen im November: Hoffnung für die Demokraten

Am 7. November wird ein neuer Kongress gewählt. Ein Drittel der Senatssitze (33 von 100) steht zur Neuwahl an, für eine sechsjährige Amtsdauer. Das Repräsentantenhaus mit seinen 435 Sitzen wird insgesamt neu gewählt, für eine Amtszeit von zwei Jahren. Bei den Wahlen steht, nach einhelliger Auffassung der Analysten und Kommentatoren, die republikanische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses auf dem Spiel.

Im Senat haben die Republikaner derzeit eine Mehrheit von 55 zu 44 Sitzen (hinzu kommt ein Unabhängiger, der mit den Demokraten stimmt, aber nicht zur Wiederwahl kandidiert). Von den 33 Senatssitzen, die im November zur Wahl stehen, werden 17 von Demokraten und 15 von Republikanern eingenommen. Um eine Mehrheit von 51 Sitzen im Senat zu erlangen, müssen die Demokraten ihre 17 zur Wahl stehenden Sitze verteidigen und weitere 7 Sitze hinzugewinnen.

Im 2004 gewählten Repräsentantenhaus sind 231 der Abgeordneten Republikaner und 201 Demokraten (hinzu kommen ein Unabhängiger, der mit den Demokraten stimmt, und zwei vakante Sitze). Um eine Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erlangen, das seit 1994 fest in republikanischer Hand ist, müssten die Demokraten ihre 201 bisherigen Sitze halten und 15 neue Sitze hinzugewinnen.

Allen Prognosen zufolge haben die Demokraten in diesem Jahr eine gute Chance, die Republikaner zu schlagen. Zumindest ein Sieg im Repräsentantenhaus scheint in greifbarer Nähe. Während die Republikaner bei den Kongresswahlen von 2002 und 2004 ihre Mehrheit problemlos verteidigen konnten, dürfte es dieses Mal sehr knapp für sie werden. Ein Erdbeben allerding, wie ihn die Republikaner im Jahre 1994 erzielten, ist wohl für die Demokraten nicht zu erwarten.

Die Stimmung in der Wählerschaft deutet auf einen Machtwechsel hin. Die Zustimmung für den Präsidenten hat sich seit Monaten auf das niedrige Niveau von etwa 40 Prozent eingependelt. Die Unzufriedenheit mit dem Kongress ist noch größer, hier liegt die Zu-

stimmung bei lediglich um die 30 Prozent. Auf dem selben Tiefstand befindet sich die Zufriedenheit mit der Richtung, in die sich das Land insgesamt bewegt: **Nur etwa ein Drittel der Bevölkerung meint, es gehe in die richtige Richtung, um die 60 Prozent dagegen sind der Auffassung, Amerika sei derzeit auf Abwegen – „on the wrong track“.**

Angesichts dieser Umfragewerte stehen die Republikaner unter massivem Druck. Die „republikanische Zeitenwende“, die viele Beobachter in den letzten Jahren prognostiziert haben, ist in Frage gestellt. Dass die Republikaner „die natürliche Partei der Regierung werden, in der selben Weise wie es die Demokraten einst waren“ - so etwa die These der Economist-Autoren John Micklethwait und Adrian Wooldridge („The Right Nation“, 2005) -, ist keineswegs mehr so plausibel wie es noch vor einigen Monaten war.

Der ehemalige Clinton-Berater und erfahrene politische Analyst Dick Morris jedoch warnt davor, die Prognosekraft der Umfragedaten zu überschätzen. Bei den Kongresswahlen von 1986 und 1994 zeigte sich der Trend für die Partei, die tatsächlich gewann, erst in der letzten Woche vor der Wahl, schreibt Morris, „und so wird es auch 2006 wieder sein“. Entscheidend für den Ausgang der Wahlen sei der Wahlkampf: Zunächst beobachten die Wähler das Rennen der Kandidaten, und erst ganz am Ende treffen sie ihre Wahl.

* Ulrich Speck, außenpolitischer Analyst und Publizist in Frankfurt am Main.

Die Themen des Wahlkampfes

Auch in diesem Wahlkampf geht es um eine Vielzahl von Themen. Dazu gehören lokale und regionale Belange und Schwerpunkte ebenso wie die Persönlichkeiten und politischen Bilanzen einzelner Amtsinhaber und Kandidaten. Anders als bei den regionalen Wahlen jedoch spielen die großen nationalen Themen eine erhebliche Rolle; die ökonomische Lage des Landes ebenso wie die aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen.

Dazu gehört auch das Thema der illegalen Immigration, das schon seit längerem auf der Agenda der Bush-Regierung und des Kongresses steht. Aus republikanischer Sicht eignet es sich jedoch nur bedingt zur Polarisierung im Wahlkampf. Denn die Republikaner sind in Bezug auf den Umgang mit den illegalen Immigranten, die insbesondere aus Mexiko kommen, selbst gespalten.

Im republikanischen Lager steht eine national-nationalistische Rechte gegen eine wirtschaftsliberal-kosmopolitische Strömung. Während die einen fordern, die Grenzen dicht zu machen und hart gegen illegale Immigration vorzugehen, suchen die anderen nach neuen Wegen, Alternativen zur illegalen Immigration zu entwickeln und die illegal im Lande lebenden Migranten zu legalisieren.

George W. Bush hat sich, insbesondere auch mit Blick auf die immer wichtiger werdenden Wählerstimmen der aus dem Süden stammenden Einwanderer, für einen liberalen Kurs eingesetzt. Im Vorfeld der Wahlen jedoch haben sich die Republikaner im Kongress zu einer harten Linie durchgerungen. Insbesondere wurde der Bau eines Zaunes an der mexikanisch-amerikanischen Grenze beschlossen, um die Einwanderung von illegalen Immigranten zu verhindern. Präsident Bush hat dem zugestimmt, aber zugleich erklärt, er sehe die Maßnahmen nur als einen Zwischenschritt hin zu einer umfassenden Regelung der Migrationsfragen.

Dass die Republikaner im Kongress eine harte Haltung gegenüber illegaler Immigration eingenommen haben, liegt an ihrer Wahlkampfstrategie. Denn das übergreifende Thema, mit dem die Republikaner hoffen, die erwarteten Verluste einzudämmen, ist die Nationale Sicherheit. Dazu gehört auch die Sicherheit der Grenzen, wie republikanische Kongressabgeordnete immer wieder betont haben.

Ein weiteres Mal, nach 2002 und 2004, versuchen die republikanischen Strategen, die Kongresswahlen mit dem Thema Nationale Sicherheit zu gewinnen. Eine Alternative dazu haben sie nicht: Die Verteidigung des Landes gegen Terrorismus ist das einzige wichtige Politikfeld, in dem die Republikaner in den Umfragen noch vorne liegen; in allen anderen Feldern gibt es eine Mehrheit für die Demokraten. Dementsprechend bemühen sich die Republikaner im Vorfeld der Novemberwahlen zum einen, alles zu tun, um das Image zu bestätigen, nur sie seien in der Lage, Amerikas Sicherheit zu gewährleisten. Zum anderen nutzen sie jede Gelegenheit, um die Demokraten als unverantwortlich in Fragen der Nationalen Sicherheit darzustellen. Nationale Sicherheit ist ein umfassender Begriff, er beinhaltet die Innere Sicherheit (Homeland Security) und weite Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, darunter den global geführten „Krieg gegen den Terror“.

Auch die Demokraten setzen in diesem Kongresswahlkampf auf ein außenpolitisches Thema, den Irak-Krieg. Angesichts des gesunkenen und offenbar weiter sinkenden Vertrauens der amerikanischen Öffentlichkeit in die Irak-Politik der Bush-Regierung versuchen die Demokraten, die Novemberwahlen zu einer Abstimmung über die Irak-Politik des Präsidenten zu machen. Die Kernbotschaft der Demokraten lautet, dass der Irak-Krieg Amerika nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht habe.

Es sind also die „harten“ Sicherheitsfragen, die den Wahlkampf dominieren. Von den „weichen“ Werte-Themen hingegen ist kaum etwas zu sehen. Weder das Thema Abtreibung noch das Thema Homosexuellen-Ehe spielt eine Rolle; sie sind auf der Agenda ganz weit nach unten gerutscht. Denn was die amerikanische Öffentlichkeit beunruhigt, sind existenziellere Fragen: Wie groß ist die Terror-Gefahr? Trägt der „Krieg gegen den Terror“ tatsächlich dazu bei, Amerika sicherer zu machen? Welche Folgen hat der Irak-Krieg für amerikanische Sicherheit? Und bei welcher Partei ist die Sicherheit Amerikas in besseren Händen?

Welche Rolle das Thema Irak bei den Kongresswahlen am 8. November spielen könnte, wurde erstmals deutlich bei den Vorwahlen der Demokraten im Bundesstaat Connecticut Anfang August. Der prominente demokratische Senator Joseph I. Lieberman

unterlag dabei einem zuvor völlig unbekanntem demokratischen Herausforderer namens Ned Lamont.

Die Niederlage Liebermans hatte eine einzige Ursache: seine unerschütterliche Unterstützung der Irak-Politik der Bush-Regierung.

Menetekel in Connecticut: Lamont schlägt Lieberman

Am 8. August triumphierte der erfolgreiche Geschäftsmann Ned Lamont in den Vorwahlen für die demokratische Senatskandidatur in Connecticut über Joseph Lieberman. Lieberman, seit 1988 im Senat, ist ein politisches Schwergewicht der Demokraten; im Jahre 2000 war er der demokratische Kandidat für die Vizepräsidentschaft.

Ein halbes Jahr zuvor war Lamont noch völlig unbekannt; niemand räumte ihm eine Chance ein, den prominenten Joseph Lieberman zu schlagen. Trotz der in Connecticut verbreiteten Ablehnung des Irak-Kriegs war Lieberman noch im März sehr populär. Lamont verfügte lediglich über zwei Trumpfkarten, über beträchtlichen Wohlstand aus seinem Kabelfernseh-Unternehmen, mit dem er seine Kampagne finanzieren konnte, und eine klare Botschaft: Der Irak-Krieg war ein Fehler, und Liebermans Unterstützung für Bushs Irak-Politik hat den Senator diskreditiert.

Lamonts Kampagne zog landesweite Aufmerksamkeit auf sich. Das lag auch daran, dass die so genannten „Netroots“ den Kandidaten massiv unterstützten: Einflussreiche Blogger und Internet-Aktivisten (darunter MoveOn und DailyKos) machten die Kandidatur Lamonts zu ihrer Sache. Zum Emblem der Internet-Kampagne wurde ein Foto von Lieberman und Bush, auf dem der Präsident Lieberman auf die Wange küsste. Liebermans hilflose Replik - „Ich küsste ihn nicht zurück“ - konnte der Suggestivkraft des Bildes nichts entgegensetzen.

Tatsächlich hat sich Lieberman in seinen drei Amtszeiten im Senat eine Reputation als führender Hardliner, als „Falke“ im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erworben. Bereits im Dezember 2001 gehörte er zu denjenigen, die öffentlich die Entmachtung Saddam Husseins forderten. Und immer wieder hat er sich dafür eingesetzt, die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik aus dem Parteienstreit herauszuhalten. So erklärte er etwa im Dezember

2005, die Demokraten sollten sich zurückhalten mit Angriffen auf Bushs Außen- und Sicherheitspolitik, denn „in Angelegenheiten des Krieges unterminieren wir die Glaubwürdigkeit des Präsidenten und bringen dadurch unsere Nation in Gefahr“.

Die fehlende Bereitschaft, sich vom Irak-Kurs des Präsidenten zu distanzieren, brachte Lieberman in den demokratischen Vorwahlen zu Fall. Lamont attackierte Lieberman wegen seiner Unterstützung von Bushs Außen- und Sicherheitspolitik, und verkündete, er werde sich als Senator massiv dafür einsetzen, „George Bushs verfehlte Außenpolitik zu korrigieren“. Der erste Schritt dabei sei der Rückzug Amerikas aus dem Irak: „Es ist höchste Zeit, die amerikanischen Soldaten nach Hause zu bringen und sie als Helden zu begrüßen.“

Nach seiner Niederlage Anfang August gegen Lamont - mit 48 gegen 52 Prozent - entschloss sich Lieberman dazu, für die Novemberwahlen als unabhängiger Kandidat anzutreten. Damit stellte er sich gegen das Establishment seiner eigenen Partei. Unter anderem entzog ihm Hillary Clinton, die zum engen Kreis der Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur 2008 gezählt wird, die Unterstützung. Dennoch hat Lieberman gute Chancen, Lamont im November zu schlagen: Umfragen zufolge kann er auf drei Viertel der Stimmen republikanischer und auf ein Drittel der Stimmen demokratischer Wähler zählen.

Die Niederlage Liebermans war eine Sensation, es kommt äußerst selten vor, dass ein Senator im Amt von einem Herausforderer aus der eigenen Partei geschlagen wird. **Was die Ereignisse in Connecticut deutlich machten, war, welche erhebliche Bedeutung der Irak-Krieg bei den Novemberwahlen spielen dürfte, zumindest bei der demokratischen Wählerschaft im Nordosten. Und sie zeigten zugleich, welche Sprengkraft das Thema Irak für die Demokraten besitzt.**

Die Demokraten im Zwiespalt

Die vor allem im Nordwesten der USA verbreitete, massive Anti-Kriegs-Stimmung bringt die Demokraten in die Bredouille. Lassen sie sich zu sehr auf den Kurs der linken Anti-Kriegs-Aktivisten ein, riskieren sie die Stimmen der Wähler in der Mitte und öffnen die Flanke für die Kampagne der Republikaner, die ihnen Unzuverlässigkeit in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vorwirft. Und selbst wenn sie dank der Anti-Kriegs-Stimmung im November gewinnen könnten, würde sich dies, im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2008, als Phyrussieg erweisen. Denn nur wenn die Demokraten Härte und Standfestigkeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik beweisen, können sie die Wähler der Mitte dauerhaft auf ihre Seite ziehen.

Die taktische Herausforderung für die Demokraten besteht daher darin, beides zu tun - die linken Wähler bei der Stange zu halten und die moderaten Anhänger nicht zu verprellen. Auf keinen Fall dürfen sie die Flanke für die Republikaner öffnen. Deren taktisches Ziel besteht nämlich darin, die Demokraten mit dem linken Anti-Kriegs-Kurs zu identifizieren, sie als die Partei des verantwortungslosen schnellen Abzugs („cut and run“) darzustellen.

Tatsächlich sind sich die Demokraten in Bezug auf die Irak-Politik keineswegs einig, wie die Konkurrenz zwischen zwei Demokraten um die Senatskandidatur in Connecticut sehr deutlich gezeigt hat. Im Kongress haben viele Demokraten oft mit den Republikanern gestimmt, wenn es um die Fortführung des Irak-Engagements ging.

Für beide Strömungen stehen politische Schwergewichte der Partei. **John Kerry repräsentiert die Minderheit der Demokraten im Kongress, die sich eindeutig auf die Seite der Anti-Kriegs-Bewegung gestellt hat und von den linken Aktivisten entsprechend dafür gefeiert wird.** Weil Kerry jedoch selbst im Kongress für die Entscheidung für den Irak-Krieg votiert hat, und auch in seinem Präsidentschaftswahlkampf 2004 daran festhielt, macht er sich mit seiner Wende zur bevorzugten Zielscheibe republikanischer Angriffe.

Hillary Clinton hingegen bemüht sich darum - wohl auch mit Blick auf die demokratische Präsidentschaftskandidatur für 2008 -, ihren Ruf als außenpolitischer Falke zu festigen, als standfest und zuverlässig

in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erscheinen. **Die argumentative Linie, die sie eingeschlagen hat, ist die Linie, die das Partei-Establishment mehrheitlich vertritt: Das Problem ist nicht der Irak-Krieg an sich, sondern die inkompetente und fehlerhafte Ausführung.** Insbesondere der für die Schwierigkeiten vor allem verantwortlich gemachte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld steht im Fokus der demokratischen Attacken.

Für die Vordenker der gemäßigten Demokraten liegt die Hauptgefahr für die Partei in der Nachgiebigkeit gegenüber dem linken Lager. „Die Anti-Kriegs-Reflexe, die zu Ned Lamonts Sieg in Connecticut führten, werden sich auf lange Sicht als desaströs für die Demokraten erweisen“, warnt Will Marshall, Präsident des Bill und Hillary Clintons nahestehenden Progressive Policy Institute (PPI). Er hofft jedoch, dass die Kandidaten „wissen, dass sie keine Beschwichtigungspolitik gegenüber Anti-Kriegs-Aktivisten betreiben dürfen, wenn sie nationale Wahlen gewinnen wollen“.

Marshall und sein Institut arbeiten daran, eine alternative Strategie für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln - eine Alternative sowohl zu den Republikanern als auch zur Anti-Kriegs-Stimmung der Linken. Nur wenn die Demokraten einen „neuen und besseren Plan für den Sieg“ präsentierten, statt den Rückzugsimpulsen nachzugeben, hätten sie Chancen, die Präsidentschaftswahl von 2008 zu gewinnen. Marshalls Motto lautet: „fighting smarter“. Drei Punkte stehen dabei im Vordergrund. Erstens gehe es darum, Amerikas von Abu Ghraib und Guantanamo beschädigten Ruf wiederherzustellen. Zweitens müsse man das Thema Verbreitung der Demokratie wieder für die Demokraten reklamieren und ihm wieder Glaubwürdigkeit verleihen. Drittens seien die Beziehungen zu Freunden und Verbündeten grundlegend zu reparieren.

Auch für den politischen Analysten Jacob Weisberg werden die Chancen der Demokraten, wieder an die Macht zu kommen, vor allem durch die Anti-Kriegs-Bewegung im eigenen Lager gefährdet. Das Ergebnis in Connecticut lasse befürchten, „dass die Demokraten, statt vom klaren Versagen der Bush-Regierung zu profitieren, das Drama der Vietnam-Jahre wieder aufführen werden - ein Drama, das dazu

beitrug, dass die Demokraten fünf oder sechs Präsidentschaftswahlen zwischen 1968 und dem Ende des Kalten Krieges verloren haben.”

Thomas Mann vom Washingtoner Think Tank Brookings Institution rät den Demokraten jedoch, sich zunächst einmal nicht mit eigenen strategischen Überlegungen zu verzetteln, sondern in die Offensive zu

gehen. Im Vorfeld der Novemberwahlen gehe es nicht darum, das von seinem Kollegen Ivo Daalder geforderte „kohärente Set von Argumenten“ in Bezug auf Irak zu präsentieren. Das sei das Thema für 2008. Die Kongresswahlen 2006 hingegen böten „die Gelegenheit zu einem Referendum über die Bilanz der regierenden Partei“.

Die Republikaner in der Defensive

Angesichts der Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung mit der Bush-Regierung und mit der Arbeit des republikanisch beherrschten Kongresses scheint ein Machterhalt der Republikaner unwahrscheinlich. Insbesondere die Mehrheit im Repräsentantenhaus ist gefährdet, aber auch die Mehrheit im weniger volatilen Senat kann keineswegs als gesichert gelten.

Vor allem die anhaltend schlechten Nachrichten aus dem Irak haben „die Regierung geschwächt, die Republikaner in die Depression geführt und eine düstere Wolke über Bushs Bilanz gebracht“, kommentiert der Economist. Der Irak-Krieg ist, wie Harold Meyerson in der Washington Post schreibt, „laut allen Umfragen das Thema Nummer eins im Bewusstsein der amerikanischen Bevölkerung - und eine Mehrheit glaubt, dass die Bush-Regierung den Krieg so sehr verpfuscht hat wie man ihn nur verpfuschen konnte“.

Die Frage ist allerdings, ob sich die Stimmung gegen Bush, die Republikaner und den Irak-Krieg tatsächlich am Ende auch in Stimmen für die Demokraten übersetzt. Immerhin verfügen die Republikaner über eine hervorragend geölte Wahlkampfmaschine, gerade auch auf lokaler Ebene. Und als Partei der Regierung haben die Republikaner prinzipiell bessere Chancen als die Demokraten, ihre Themen und Schwerpunkte vor der Wahl auf die nationale Agenda zu setzen.

Die Republikaner setzen im Wahlkampf auf das Thema Nationale Sicherheit, das einzige Politikfeld, in dem ihnen eine Mehrheit der Bevölkerung noch immer mehr vertraut als den Demokraten. Dabei geht es ihnen insbesondere darum, den Fokus zu erweitern - vom unliebsamen Thema Irak hin zum „Krieg gegen den Terror“ und zur Inneren Sicherheit. **Ziel ist es, den Wählern das Gefühl der fortdauernden Bedrohung Amerikas zu vermitteln und sich selbst als die Partei darzustellen, die Sicherheit gewährleistet.** Die republikanischen Strategen, schreibt der Eco-

nomist, „sind der Auffassung, der beste Weg, ihre Verluste am 7. November zu minimieren“, bestehe darin, „unablässig über Terrorismus zu sprechen“.

Der Ausgang der Novemberwahlen wird wohl davon abhängen, welches Thema und welche Sichtweise sich bei den Wählern durchsetzen wird. Steht die Abwehr von Terrorismus im Vordergrund, können die Republikaner punkten. Einer Umfrage vom September zufolge sehen hier 70 Prozent der Bevölkerung die Republikaner im Vorteil, nur 20 Prozent die Demokraten. Steht hingegen der Irak-Krieg im Vordergrund, dann haben die Demokraten die besseren Chancen: 60 Prozent trauen den Demokraten eine bessere Irak-Politik zu, nur 23 Prozent den Republikanern.

Beim „President's Dinner“ in Washington D.C. - der größten Fundraising-Veranstaltung der Republikaner - machte George W. Bush bereits am 20. Juni die Marschroute für die Novemberwahlen klar: „Die wichtigste Verantwortung, die wir in Washington haben, ist die Verteidigung des amerikanischen Volkes.“ Deshalb sei es von entscheidender Bedeutung, „Abgeordnete im US-Kongress zu haben, die den Krieg gegen den Terror nicht aufgeben und die weiße Fahne schwenken.“

Mit dem fünften Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 bot sich für Bush dann die Gelegenheit, die Wahlkampf-Botschaft in einer Reihe von prominent platzierten Reden zu verbreiten. Erneut stellte er einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Irak-Krieg, Anti-Terror-Kampf und amerikanischer Sicherheit her - Irak sei gegenwärtig die Hauptfront im „Krieg gegen den Terrorismus“: „Was für Fehler auch im Irak gemacht wurden, der schlimmste Fehler wäre, zu denken, dass uns die Terroristen in Ruhe lassen, wenn wir unsere Truppen zurückziehen. Sie werden uns nicht in Ruhe lassen. Sie werden uns folgen. Die Sicherheit Amerikas hängt vom Ergebnis

der Schlacht in den Straßen von Bagdad ab." Würde sich Amerika zurückziehen, dann würden „unsere Feinde“ einen „neuen sicheren Rückzugsort bekommen“, sie würden „Iraks Ressourcen benutzen, um ihre extremistische Bewegung zu stärken“. Amerika aber werde den Kampf weiterführen und am Ende erfolgreich sein: „Der Irak wird eine freie Nation werden und ein starker Verbündeter im Krieg gegen den Terror.“

Inwieweit diese Botschaft noch auf Zustimmung stößt, ist allerdings fraglich. Die Einordnung des Irak-Krieges in den Gesamtzusammenhang des „Krieges gegen den Terror“, wie Bush sie immer wieder vornimmt, wird von der amerikanischen Öffentlichkeit immer skeptischer gesehen. Das zentrale außenpolitische Argument des Präsidenten hat damit deutlich an Zugkraft verloren: Seit August glaubt erstmals eine Mehrheit der Amerikaner nicht mehr daran, dass der Irak-Krieg tatsächlich ein Bestandteil des Kampfes gegen den Terror ist. Kommentatoren sehen diesen Umschwung als eine „Wasserscheide“.

Immer stärker werden die Zweifel, ob die verschiedenen „Fronten“ im „Krieg gegen den Terror“ tatsächlich zusammenhängen - ob es wirklich um den Kampf gegen einen kohärenten, zentral organisierten „Feind“ geht, der Amerika den Krieg erklärt hat - der radikale Islam -, oder ob nicht eine Vielzahl von unterschiedlichen Problemen und Herausforderungen unter diesem Schlagwort subsummiert werden, die jeweils unterschiedliche Antworten verlangen. Und es wachsen die Zweifel, ob der Irak-Krieg wirklich dazu beiträgt, Amerika sicherer zu machen - und zwar in zunehmendem Maße nicht nur bei den Anhängern der Demokraten, sondern auch bei den Republikanern. Einen erheblichen Schub bekamen diese Zweifel, als Ende September Auszüge aus einem als geheim klassifizierten Bericht der amerikanischen Geheimdienste an die Öffentlichkeit kamen, in dem der Regierung attestiert wurde, sie habe mit dem Irak-Krieg den islamistischen Terrorismus nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt.

Zu der „Sicherheits-Offensive“, die die Bush-Regierung im September gestartet hat, zählt auch die rechtliche Regelung des Umgangs mit gefangenen genommenen feindlichen Kämpfern und mit Terrorverdächtigen. Im Juni hatte der Oberste Gerichtshof die bestehenden Militärkommissionen in Guantanamo für illegal erklärt, weil sie amerikanischen Militärgesetzen und der Genfer Konventionen über den Umgang mit Kriegsgefangenen widersprechen. Der Präsident müs-

se den Kongress ersuchen, die Kommissionen auf die Grundlage einer soliden Gesetzgebung zu stellen. Auf Drängen des Präsidenten hat der Kongress im September ein Gesetz verabschiedet, das diese Forderung erfüllen soll. Dabei werden jedoch bestimmte „harte Verhörtechniken“ - die Kritiker sprechen von Folter - weiterhin erlaubt, und den Verdächtigen wird auch weiterhin die Einsicht in die Anklage verweigert.

Das Gesetz wurde jedoch erst nach erheblichen Kontroversen in den Reihen der Republikaner verabschiedet. Insbesondere ging es dabei um die Rechte der Angeklagten im Prozess und um die klare Einhaltung der Genfer Konventionen. Den Kritikern aus dem eigenen Lager wurden einige eher kosmetische Veränderungen zugestanden, im Wesentlichen jedoch brachte Bush seinen Entwurf durch.

An der Spitze der inner-republikanischen Opposition stand Senator John McCain, der im Vietnamkrieg selbst in Kriegsgefangenschaft geraten war und sich immer wieder für eine genaue Beachtung rechtlicher Grenzen im Anti-Terror-Kampf stark gemacht hat. McCain, seit 1987 für Arizona im Senat, unterlag im Jahre 2000 im Rennen um die republikanische Präsidentschaftskandidatur gegen George W. Bush. Er gilt als einer der aussichtsreichsten Anwärter für die republikanische Präsidentschaftskandidatur für 2008. „Wir wollen sicher gehen, dass die Genfer Konventionen nicht verändert werden“, begründete McCain den Widerstand gegen Bushs Gesetzentwurf.

Der Widerstand im Kongress war ein Indiz dafür, dass die Republikaner beginnen, sich von Bush zu distanzieren. Ein wesentlicher Grund dafür sind die schlechten Werte des Präsidenten in den Umfragen; allzu große Nähe zu Bush gilt als bedrohlich für den Machterhalt. Ein zweiter Grund ist, dass sich die Partei auf die Zeit nach Bush vorzubereiten beginnt. Es ist zu erwarten, dass die Absetzbewegung der Republikaner im Kongress von Bush nach der Novemberwahl noch erheblich zunehmen wird.

Auch in Bezug auf den Irak-Krieg kommen die republikanischen Kongressabgeordneten unter immer stärkerem Druck der Basis. Die Versuchung, sich hier deutlich vom Kurs des Präsidenten abzugrenzen, ist groß. So plädieren mittlerweile auch einige republikanische Kongressabgeordnete für einen Zeitplan für den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak - insbesondere Abgeordnete mit Wahlkreisen, in denen sie von demokratischen Konkurrenten mit dem Thema Irak unter Druck gesetzt werden.

Bilanz und Ausblick

Vor den Kongresswahlen am 7. November zeigt sich Amerika nervös und gespalten. Der Hauptgrund dafür ist der Verlauf des Irak-Kriegs. Die schlechten Nachrichten aus dem Irak reißen nicht ab; von der stabilen Demokratie, die die Bush-Regierung versprochen hatte, ist nichts zu sehen. Die Kosten für Amerika sind nach wie vor hoch, ohne dass sich eine klare Wende zum Besseren zeigt. Infolgedessen mehrt sich die Skepsis gegenüber der von der Regierung Bush verfolgten Irak-Politik, nicht nur bei den Demokraten, sondern auch bei den Republikanern. Weil beide Parteien den Irak-Krieg prinzipiell unterstützt haben, bringt sie die wachsende Skepsis und zunehmende Ablehnung auch beide in die Bredouille.

Am deutlichsten sichtbar ist der Konflikt bei den Demokraten. Teile der Anhängerschaft stehen im Anti-Kriegs-Lager, das insbesondere von den „Netroots“, den im Internet organisierten linken Aktivisten, gestützt und organisiert wird. Das Establishment der Demokraten jedoch fürchtet sich vor einem Linksrutsch der Partei, weil eine klare Positionierung auf Seiten der Anti-Kriegs-Bewegung die erhebliche Gefahr mit sich bringt, die politische Mitte zu verlieren.

Nach Ansicht der Analysten und Kommentatoren jedoch werden die Präsidentschaftswahlen 2008 in der Mitte gewonnen. **Nach Jahren der politischen und kulturellen Polarisierung Amerikas, gerade auch im republikanischen Milieu, hat die gemäßigte Mitte wieder an Bedeutung zugenommen.** Ausichtsreiche Bewerber um die Nominierung ihrer Partei für die Präsidentschaftskandidatur, wie Hillary Clinton bei den Demokraten und John McCain bei den Republikanern, sind sorgsam darum bedacht, als gemäßigte Vertreter der Mitte wahrgenommen zu werden.

In den Umfragen stehen die Demokraten vor den Novemberwahlen gut da. Sie überflügeln die Republikaner in fast allen politischen Feldern, mit Ausnahme der Nationalen Sicherheit. **Das fehlende Vertrauen der Mehrheit in die Fähigkeit der Demokraten, eine kompetente und entschlossene Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben, bleibt die Achillesferse der Demokraten. Auf Dauer haben sie nur zwei Chancen, die Mehrheit im Lande wieder zu erringen. Entweder sie gewinnen auch in diesem**

Bereich an Vertrauen hinzu, oder die Fragen der Nationalen Sicherheit verlieren wieder an Bedeutung, und andere, insbesondere ökonomische Themen rücken in den Vordergrund der Aufmerksamkeit.

Für die Republikaner, die in den letzten Jahren von Siegen verwöhnt wurden, wird im Vorfeld der Novemberwahlen immer klarer, dass ihre Machtbasis ernsthaft in Gefahr ist. Das kommt nicht zuletzt deshalb überraschend, weil viele Analysten in den letzten Jahren davon ausgegangen sind, die republikanische Dominanz werde bestehen bleiben, wenn nicht sogar ausgebaut werden. „Ist der Konservatismus am Ende?“, fragt der Kolumnist E. J. Dionne Jr. in der Washington Post, und fährt fort: „Was vor weniger als zwei Jahren noch als eine absurde Frage erschienen wäre, ist nun eines der wichtigsten Themen der amerikanischen Politik.“ Dionne kommt, wie viele Kommentatoren, zu dem Schluss, dass Amerika keineswegs mehrheitlich dem Konservatismus zuneigt. Ohne auch die Wähler der Mitte anzusprechen, können die Republikaner auf Dauer nicht regieren.

Die Erosion der republikanischen Macht ist bereits weit fortgeschritten. Auf fast allen politischen Feldern traut ihnen eine Mehrheit der Amerikaner weniger zu als den Demokraten. Was ihnen bleibt, ist der Ruf, hart und durchsetzungsfähig im Bereich der Nationalen Sicherheit zu sein.

Nach den Attacken des 11. September 2001 hat die Bush-Regierung dieses Feld neu definiert. Der Kampf gegen den Terrorismus prägt seither die globale Rolle der Vereinigten Staaten, ihre Beziehungen zu anderen Ländern und ganz allgemein ihre Prioritäten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bush-Regierung unterzog die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einer grundlegenden Revision, ausgehend von der Erfahrung der Verletzlichkeit und entschlossen dazu, eine Wiederholung dieser Erfahrung zu verhindern.

Die Art und Weise, wie die Bush-Regierung die Bedrohung definierte und die Mittel und Wege, die sie zur Abwehr dieser Bedrohung einsetzte, stoßen aber zunehmend auf Kritik und Ablehnung, gerade auch in den eigenen Reihen. Ausschlaggebend ist dabei in

erster Linie der Irak-Krieg und die bisherige Unfähigkeit, das Land zu stabilisieren.

Aber auch die weitreichenden Kompetenzen, die dem Präsidenten nach dem 11. September 2001 im „Krieg gegen den Terror“ zugestanden wurden, werden zunehmend von anderen Verfassungsorganen eingeschränkt, vom Obersten Gerichtshof wie vom Kongress. Das gilt insbesondere für die Fragen der Legalität im Umgang mit gefangen genommenen Kämpfern und Terrorverdächtigen. Die Ausnahmesituation, die dem Schock der Terror-Attacken auf New York und Washington D.C. folgte, geht ihrem Ende zu.

Die Bush-Regierung reagiert darauf mit einer bloßen Bekräftigung ihres bisherigen Kurses. Ob das aber eine Mehrheit der amerikanischen Wähler noch überzeugt, wird bei den Kongresswahlen im November deutlich werden. Immerhin wird dem Präsidenten zugute gehalten, dass den Anschlägen vom 11. September keine weiteren Terroranschläge folgten. Und auch wenn die Skepsis gegenüber dem Irak-Krieg wächst, so gilt die Bush-Regierung im Bereich der Inneren Sicherheit noch immer als zuverlässiger als die Demokraten. Angesichts der weiterhin verbreiteten Furcht vor Terrorismus - die Hälfte der Amerikaner hält es für möglich, dass Mitglieder ihrer Familie zu Opfern von Anschlägen werden - ist das ein Vorteil der Republikaner, der nicht zu unterschätzen ist.

Dass die Republikaner im Bereich der Nationalen Sicherheit auch weiterhin als vertrauenswürdig gelten, liegt freilich auch daran, dass die Demokraten nicht zu einer einheitlichen Linie gefunden haben. Das Spektrum der Haltungen in den Reihen der Demokraten reicht von nahezu bedingungsloser Unterstützung der Bush-Regierung bis hin zur prinzipiellen Ablehnung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Eine klare Position ist nicht erkennbar, und eine alternative Strategie, den Terror zu bekämpfen und Amerika sicherer zu machen, haben die Demokraten bislang nicht vorgelegt. Es bleibt abzuwarten, ob es ihnen im Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2008 gelingt, eine fundierte, aber auch öffentlichkeitswirksame Gegenstrategie vorzulegen, die über bloße Kritik am „Krieg gegen den Terrorismus“ und an Bushs Irak-Politik erkennbar hinausgeht.

Nicht nur die Demokraten, auch die Republikaner haben längst die Präsidentschaftswahlen von 2008 im Blick. **Die Kongresswahlen im November sind auch ein Testlauf, bei dem Themen und Personal getestet werden. Der Ausgang der Novemberwahlen dürfte eine wesentliche Rolle bei der Neupositionierung beider Parteien für den Kampf um die Nachfolge von George W. Bush spielen.** Dass es zu einer Neupositionierung kommt, davon ist auszugehen. In den Reihen der Republikaner beginnt man bereits, sich von Bush zu distanzieren. Und auf Seiten der Demokraten ist klar, dass man für den Wahlkampf 2008 mit einer klaren politischen Botschaft auch im Bereich Nationale Sicherheit auftreten muss.